INTERVIEWS WITH GERMAN ANTHROPOLOGISTS

Frau Far-Hollender, in welches soziale Milieu wurden Sie hinein geboren?

Ich bin Anfang 1937 in Leipzig geboren, dem damaligen Zentrum des Pelzhandels in Deutschland. Man könnte sagen, dass ich aus dem Großbürgertum komme, mit internationalen Beziehungen – einschließlich Russland, Nordamerika, Südwestafrika und etlichen europäischen Ländern. Mein Urgroßvater hat mehrere Reisen nach Buchara unternommen und sich ausweislich eines Berichts nicht nur für die Handelsbeziehungen, sondern auch für Land und Leute interessiert. 1903 führte er eine Herde Karakulschafe von dort ein, die zunächst im Tierzuchtinstitut in Halle gehalten wurden, um 1909 auf Farmen in Südwestafrika gebracht zu werden. So bekam ich bereits als Kind - wie auch über Fotos und Filme aus Afrika mit, dass es Menschen mit einer anderen Hautfarbe gibt.

Gab es damals bereits Akademiker in Ihrer Familie?

Nein, weder Eltern noch Großeltern waren Akademiker. Mein Vater, der sowohl das Schweizer als auch das deutsche Abitur abgelegt hatte, hätte gern studiert, musste als ältester Sohn jedoch eine Lehre in Rauchwarenzurichterei und -handel durchlaufen, um in die Firmenleitung einzutreten. Er konnte daher nur nebenher Vorlesungen belegen und mit einem Professor der Wirtschaftswissenschaften korrespondieren.



Wann kamen Sie zum ersten Mal mit dem Begriff »Völkerkunde« in Kontakt? Hatten Sie schon frühzeitig eine Vorstellung von dem Fach?

Nein, das hatte ich nicht. Ich wuchs in Bad Pyrmont auf: Nach dem ersten schweren Luftangriff Ende 1943 gingen wir von Leipzig zu den Eltern meiner Mutter in den Südharz. Nachdem dort die Amerikaner von den Russen abgelöst wurden, gingen wir im Juni 1945 zunächst nach Oedelsheim an der Weser und im Herbst 1945 nach Bad Pyrmont. Das war damals eine Lazarettstadt mit zahlreichen Flüchtlingsfamilien, die den Ort aber in den nächsten Jahren verließen. Da mein Vater als Militärverwaltungsrat Ende April 1945 in Italien von Partisanen erschossen worden war, blieben wir in Bad Pyrmont und ich machte dort 1957 mein Abitur. Anschließend ging ich für ein halbes Jahr nach England, bis meine Mutter durchgesetzt hatte, dass ich - ebenso wie meine beiden jüngeren Schwestern - studieren konnte. Damals war man ja noch der Auffassung, dass junge Frauen nicht zu studieren bräuchten. Ich wusste schon sehr früh, dass ich studieren wollte, hatte aber keine Ahnung, was. Vielleicht hätte ich sogar die Ethnologie gewählt, wenn ich gewusst hätte, dass es dieses Fach gibt. Ich studierte Jura, weil ich dachte, dass mir eine solche Ausbildung verschiedene Möglichkeiten eröffnen könne – es war also eher eine pragmatische Entscheidung. Ich begann das Studium in Freiburg, setzte es in Neuchatel, Frankfurt und Kapstadt fort und schloss es in Marburg ab, wo ich meinen Mann kennen lernte. Da er vorhatte, in seine Heimat Palästina zurückzukehren, überlegte ich, auf ein anderes Fach umzusatteln. Er bestand aber darauf, dass ich sowohl das Erste als auch das Zweite Staatsexamen ablegte. Die Völkerkunde war mir immer noch nicht ins Blickfeld gekommen und ich studierte noch ein Semester Volkswirtschaft, da dies - anders als Jura - vielleicht auch im Ausland nützlich sein konnte.

Wie kam es, dass Sie nach Ihrem Studium bei der DFG arbeiteten?

Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 war eine Rückkehr meines Mannes nach Jerusalem nicht mehr möglich, und ich musste Geld verdienen. In einer juristischen Fachzeitschrift stieß ich auf die Anzeige der DFG, mit der ein Jurist für

Telefon-Interview vom 15.01.2008 (Freigabe durch Ursula Far-Hollender am 22.07.2011)

Transkription: Claire Spilker, Edierung: Vincenz Kokot

Ansprechpartner: Dieter Haller (dieter.haller@rub.de) Internet: www.germananthropology.de

eine "interessante Tätigkeit" gesucht wurde. Ich bewarb mich, wurde zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen und erhielt die Stelle.

Jura diente mir als Grundlage; mich interessierten allerdings auch immer andere Bereiche. Die DFG begann gerade mit der Einrichtung der Sonderforschungsbereiche. Für die Begutachtung und spätere Administration dieser vergleichsweise großen, grundsätzlich an einem Ort zusammengefassten und möglichst interdisziplinären Forschungseinheiten brauchte man mehr Personal. Im Sommer 1968 war ich durchgehend damit beschäftigt, unter Anleitung über die unterschiedlichsten Disziplinen hinweg Begutachtungssitzungen zu organisieren. So lernte ich auch einiges über das Verhältnis der Fachrichtungen untereinander. Es lief manchmal wie im britischen Unterhaus ab, und ich war in einigen Momenten froh, dass der Sitzungstisch breit genug war, so dass die verschiedenen Fachvertreter nicht mit ihren geistigen Schwertern aufeinander losgehen konnten. Dies galt vor allem in den Geisteswissenschaften. Ethnologen sind mir zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht in Erinnerung. Ihre Beteiligung an SFB erfolgte erst viel später.

Bemerkten Sie bei diesen Auseinandersetzungen neben inhaltlichen Differenzen auch habituelle Unterschiede?

Nein, in dieser Phase noch nicht so richtig, denn ich musste auch Protokoll führen. Da ich die Herren - es waren fast ausschließlich Männer - nicht kannte und mit Ausnahme eines Politikwissenschaftlers alle stets Hemd, Schlips, und dunklen Anzug trugen, musste ich meine ganze Aufmerksamkeit darauf richten, sie auseinander zu halten. Es ist schwer, allgemeine Aussagen über Unterschiede zu treffen, denn letztlich überwiegen doch individuelle Unterschiede. Was mir aber auffiel, war die Tatsache, dass die Streitkultur in den Begutachtungssitzungen bei den Geisteswissenschaftlern stärker ausgeprägt war als etwa bei den Ingenieuren, oder dass die Juristen weniger als Vertreter anderer Disziplinen gewohnt waren, Projekte auszuarbeiten.

Sie waren also seit dem Entstehen der Sonderforschungsbereiche bei der DFG tätig?

Ja und Nein. Ich kam erst im April 1968 zur DFG, als die Implementierung der im Jahr 1966 oder 1967 beschlossenen SFB begann. Die Entscheidung Pro oder Kontra muss zumindest unter den damals "Fachreferenten" und heute "Programmdirektoren" genannten Kollegen heftig umstritten gewesen sein. Ich war darauf angewiesen, dass diese Kollegen mir Wissenschaftler benannten, die für die Begutachtung eines Antrags auf Einrichtung eines SFB einzuladen seien. War der Betreffende gegen die Einrichtung von Sonderforschungsbereichen gewesen, war es in Einzelfällen schwierig, ihn zur Nennung von Namen zu bewegen.

In der DFG gab es damals also eine Zuordnung und Betreuung von Fächern, und Sie hatten quasi einen Ouerschnittsbereich?

Ja, ich war wissenschaftliche Mitarbeiterin (heute: Referent) in einem Querschnittsreferat, das auch für andere Aufgaben zuständig war. Die Sonderforschungsbereiche wurden aber schon relativ bald ein eigener Bereich.

Wie kamen Sie von dieser Position zur Betreuung einzelner Fachgebiete?

Als ich zur DFG kam, gab es noch die Übung, dass jeder Referent auch ein Fach betreute; wohl um zu verstehen, was in der Wissenschaft geschieht. Mir wurde daher relativ schnell die Betreuung des Faches Rechtswissenschaft übertragen und etwas später auch das Schwerpunktprogramm Kriminologie, an dem Rechtswissenschaftler, Soziologen, Psychiater und Psychologen beteiligt waren. Nachdem mir angeboten worden war, ein eigenes Fachreferat zu erhalten, kamen 1970/71 die Geographie und schließlich die Völkerkunde hinzu. Die Gründe für diese neue Zuordnung waren unterschiedlich: Ruhestand, neue Aufgaben oder Überlastung des Abgebenden. Die Zusammenfassung dieser drei Disziplinen in einem Referat war daher eher zufällig – ich fand es aber insofern interessant, als ich gezwungen war, über den Tellerrand nur einer Disziplin hinauszublicken und immer daran erinnert wurde, dass es auch noch andere Fächer mit unterschiedlichen Fachkulturen oder -bedürfnissen gibt. Je höher die Antragszahlen bei der DFG werden, umso schwieriger dürfte es aber werden, mehrere Gebiete in einem Referat zusammenzufassen. Das ist meines Erachtens sehr bedauerlich.

Als Sie damals die Rechtswissenschaften übernahmen, wie viele Betreuer gab es da insgesamt bei der DFG?

Das weiß ich nicht mehr genau; ich glaube, ich hatte Nummer einunddreißig in der Referentenliste. Kollegen, die schon lange bei der DFG waren, erzählten oft davon, wie schön es in der "Baracke" gewesen sei. Dann sah man sie erstaunt an und sie erklärten, dass sie in den Anfangsjahren in einer Baracke am Rhein untergebracht gewesen waren – knapp

dreißig Leute, inklusive Hausmeister. Ich war jedoch ungefähr die zweihundertfünfzigste Mitarbeiterin, das war also schon ein Sprung. Inzwischen hat es etliche Sprünge gegeben.

Veränderte sich mit der starken Zunahme der Antragsstellungen auch die Gesamtzahl der Betreuer?

Ja, sie stieg - zumindest theoretisch - proportional zu der Zahl der Anträge. Das führte aber eben auch dazu, dass man heute nur noch selten mehrere Gebiete überblicken kann. Man versucht, dieser Entwicklung entgegen zu wirken, indem sich beispielsweise die so genannten Fachgruppen regelmäßig treffen. Ich meine aber, dass man diese Tendenz selbst damit nicht voll ausgleichen kann.

Betreuten Sie all diese Fächer bis zum Ende Ihrer Tätigkeit bei der DFG im Jahr 2000?

Ja, das blieb im Grunde stabil. Nur das Fachgebiet Kriminologie, das nach Auslaufen zweier interdisziplinärer Schwerpunktprogramme neu im Fachausschuss Rechtswissenschaft eingerichtet worden war, hatte ich zwischenzeitlich an die Sozialwissenschaften abgegeben. Dies passte zu der geraume Zeit verfochtenen These, wonach die Kriminologie reine Sozialwissenschaft sei. Die Kriminologie ist inzwischen wieder in dem für die Rechtswissenschaft zuständigen Referat angesiedelt. Dies ist übrigens ein Bereich, in dem ich mir die Beteiligung von Ethnologen gut vorstellen könnte. Außer den eigentlichen Fächern gab es aber auch Vorhaben, die in die fachliche Zuständigkeit mehrerer Referate fielen, die somit beteiligt waren, während einer die Federführung übernahm. Dies war nicht nur bei Graduiertenkollegs, Schwerpunktprogrammen, Forschergruppen und Sonderforschungsbereichen, sondern auch bei den Geisteswissenschaftlichen Zentren der Fall, wo ich die Federführung für das GWZ "Moderner Orient" hatte.

Wie entwickelte sich die quantitative Arbeitslast über die Jahre? Konnten Sie da einen Trend feststellen?

Ja: es wurde immer mehr. Kurz vor meinem Ausscheiden hatte ich den Eindruck, der Arbeitsanfall im Referat habe sich gegenüber 1992 oder 1993 mindestens verdoppelt – und das war natürlich auch nicht mehr die Ausgangslage der frühen siebziger Jahre. Die Personalausstattung war aber im wesentlichen gleich geblieben. War es Anfang der siebziger Jahre noch möglich, jeden Antrag und auch Berichte von vorn bis hinten zu lesen, so wurde das zunehmend unmöglich. Ich glaube daher, dass das Ausmaß, in dem sich die Mitarbeiter der DFG mit den Anträgen beschäftigen können, teilweise stark überschätzt wird. Die DFG ist eine Verwaltung. Ich selbst wurde von einem Kollegen sozialisiert, der als Jurist Miterfinder aller Regeln war, und von dem ich später die Geographie übernahm, die er neben seinen sonstigen Aufgaben als Fach betreut hatte. Von ihm lernte ich unter anderem, dass die DFG eine Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft sei, in deren Geschäftsstelle wir arbeiten, was bedeute, dass die Wissenschaftler selbst das Sagen hätten. Die DFG gebe sich durch ihre Gremien bestimmte Richtlinien, auf deren Einhaltung sie achte. Nun kann man die Tätigkeit der Geschäftsstelle natürlich nicht ausschließlich auf Verwaltung und Organisation reduzieren, denn wenn ein Antrag eingeht, muss einmal entschieden werden, wer als Gutachter in Frage kommt (z.B. Sachkenntnis, Ausschluss von Befangenheit); zum anderen muss geprüft werden, ob die beantragten Positionen den Richtlinien entsprechen. Insofern muss man wissen, was im Antrag steht – allerdings nicht in allen Einzelheiten. Die eigentliche Begutachtung und Entscheidung kann nur durch die per Wahl legitimierten Gremien der DFG erfolgen.

Ich kann das rückblickend zahlenmäßig schlecht schätzen und man müsste konkret in die Jahresberichte schauen, doch ich glaube, dass es in der Ethnologie zu Beginn der siebziger Jahre nicht mehr als fünfzig Anträge gab.

Das wäre ja sogar recht viel.

Ja. Allerdings handelte es sich meist um kleinere Anträge, wie beispielsweise Reise- und Druckbeihilfen oder Stipendien.

Wie würden Sie die Zusammenarbeit zwischen der DFG und der DGV charakterisieren? Was hat sich da im Laufe der Jahre verändert?

Von einer "Zusammenarbeit" konnte man eigentlich nicht sprechen. Ich kann mich kaum daran erinnern, dass sich ein Vorsitzender der DGV außerhalb der Vorschläge der wissenschaftlichen Fachgesellschaften für die Wahlen der Fachgutachter (jetzt Fachkollegien) an die DFG gewandt hätte.

Die Bedeutung dieser Vorschläge sollte nicht unterschätzt werden. Dazu gehört zunächst, dass die Vorschlagsberechtigung der entsprechenden wissenschaftlichen Fachgesellschaft von der DFG geprüft und gegebenenfalls anerkannt wird – ist zum Beispiel eine Gesellschaft, in der die meisten Mitglieder Studenten sind, überhaupt noch eine "wissenschaftliche" Vereinigung? Auch die DGV sollte also immer wieder überprüfen, ob sie oder ihre Gremien die Kriterien für die Vorschlagsberechtigung erfüllt.

Telefon-Interview vom 15.01.2008 (Freigabe durch Ursula Far-Hollender am 22.07.2011)

Transkription: Claire Spilker, Edierung: Vincenz Kokot

Ansprechpartner: Dieter Haller (dieter.haller@rub.de) Internet: www.germananthropology.de

Vieles hängt ja sicherlich auch mit den verschiedenen Berufskulturen zusammen. Wie würden Sie denn die Ethnologen von den Geographen und Juristen unterscheiden?

Alle drei sind unterschiedlich. Die Rechtswissenschaftler waren seinerzeit weniger auf die DFG angewiesen als die anderen Disziplinen. Auch sind sie mit Verwaltungsstrukturen vertraut und hatten daher mit den Formalia der DFG kaum Probleme. Das wirkte sich zum Beispiel bei den Fachgutachterwahlen positiv aus, die in der Regel sehr gut vorbereitet wurden, so dass die einzelnen juristischen Teildisziplinen angemessen vertreten waren. Auch die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters erfolgten durchdacht (Wechsel des Fachgebiets, wissenschaftliches Renomée, breiter Überblick).

Wie Juristen haben Geographen Berufsmöglichkeiten außerhalb der Wissenschaft; auch gab es insofern regelmäßige Kontakte zur DFG, als die Hochschulgeographen den Vertreter der DFG stets zu ihren Jahrestagungen einluden. Das hatte mein Vorgänger eingeführt. So gab es Gelegenheit, über Neuerungen in den Förderungsmöglichkeiten und Verfahren zu berichten oder auf die Bedeutung bevorstehender Wahlen hinzuweisen. Dies führte in der Regel auch zu ausgewogenen Vorschlägen bei den Fachgutachterwahlen aus den beiden Fachgebieten Physische Geographie und Anthropographie.

Bei den Ethnologen war das alles manchmal etwas schwieriger. Vor allem in den ersten Jahren meinte ich beobachten zu können, das prozentual mehr Hochschulabsolventen und davon prozentual mehr Frauen als in den beiden anderen Fächern versuchten, über die DFG gefördert zu werden. Auch bei der Vorbereitung der Wahlen wurde offenbar nicht in jedem Fall bedacht, welche Bedeutung diese für das Fach in den nächsten vier Jahren haben könnte: etwa wenn mehrheitlich Gutachter mit Afrika-Kompetenz vorgeschlagen wurden, in der Praxis aber nur noch in Südostasien geforscht wurde oder mehrere Gutachter aus einem Institut vorgeschlagen wurden, aus dem aber viele Anträge gestellt wurden, so dass die Gutachter als befangen gelten mussten und nicht eingesetzt werden konnten. Auch gab es wohl nicht immer Kontakte zu und Abstimmung mit den anderen vorschlagsberechtigten Gesellschaften, wie seinerzeit wohl die Deutsche Morgenländische Gesellschaft und die Vereinigung der Afrikanisten in Deutschland.

Wird also die Fachfolklore bestätigt, dass Ethnologen meist widerspenstige Individualisten seien?

Das ist sicherlich nicht ganz falsch. Sie sind schon Individualisten, aber widerspenstig würde ich sie nicht nennen.

Worauf würden Sie das zurückführen?

Das ist schwer zu sagen., ich bin nie so recht dahinter gekommen. Mich würde schon interessieren, warum jemand Ethnologe wird; vielleicht spielt das eine Rolle – wobei sich das Bild inzwischen ja eigentlich ändern müsste. Damals, bei den ersten Anträgen, die ich bearbeitete, waren alle Einzelkämpfer, die teilweise noch nach einem »unentdeckten« Stamm suchten. Bei den Feldforschungen waren allenfalls die Ehefrauen dabei. Erst ab Mitte der siebziger Jahre kam die Frage auf, ob die DFG es überhaupt finanziere, wenn man Personal mit ins Feld nehme. Diese Frage hatte die Ethnologie mit der Rechtswissenschaft gemein: so fragte auch ein junger Rechtswissenschaftler etwas ungläubig, ob die DFG tatsächlich Personal in Forschungsvorhaben finanziere, wie er es von einem Physiker gehört habe.

Leider begann aber zu diesem Zeitpunkt auch die Phase, in der die DFG nicht mehr alle begutachteten Anträge finanzieren konnte. Im Gegensatz zu anderen Disziplinen, die diese finanziellen Hindernisse teilweise sehr phantasievoll überwanden, waren die Ethnologen immer kurz davor, das Handtuch zu werfen und zu sagen: »Es hat ja doch keinen Zweck!« Das geschah entweder in der ersten Phase der Antragstellung im Falle von Rückfragen, oder falls es eine Teilablehnung gab. Wenn in einigen anderen Disziplinen jemand beispielsweise drei wissenschaftliche Hilfskräfte beantragte, aber nur zwei davon bewilligt wurden, dann versuchte er beim nächsten Antrag erst recht, zum Ziel zu kommen und beantragte vier wissenschaftliche Hilfskräfte. Es gibt offenbar in den verschiedenen Disziplinen erstaunliche Mythen über die DFG, deren Sammlung und Analyse meines Erachtens der Mühe wert wäre. Die DFG-Mitarbeiter bekommen das ja meist gar nicht oder nur in abgeschwächter Form mit.

Denken Sie, dass es in den verschiedenen Berufsgruppen einen jeweils spezifischen Blick auf die DFG gibt?

Das weiß ich nicht genau, nehme es aber an. Bei der Ethnologie schien mir ein Problem darin zu liegen, dass sie - außer vielleicht durch die VW-Stiftung und in Einzelfällen über Thyssen oder diverse Frauenförderungs-Stipendien - kaum Möglichkeiten hatte, von anderen Stellen Geld zu bekommen. Daher waren die Ethnologen für ihre Forschung in hohem Maße von der DFG abhängig. Angesichts einer überschaubaren Stellenzahl in Hochschule und Museum gab es in den ersten Jahren meiner Tätigkeit offenbar auch kaum Möglichkeiten - oder nicht die Bereitschaft - außerhalb der genannten Institutionen einen Arbeitsplatz zu finden. So erschienen Stipendien für Nachwuchsethnologen besonders wichtig. Wegen der langen Feldforschungszeiten reichten die üblichen Stipendienzeiten jedoch häufig nicht aus, so dass

mehrere Stipendien hintereinander geschaltet werden mussten, was bei der DFG sonst nicht üblich war. Für Ethnologen stellten sich also immer folgende Fragen: Wann und bis zu welchem Alter gibt es welches Stipendium? Welche Stipendienarten kann man hintereinander schalten? Gibt es Verlängerungsmöglichkeiten? Warum ist es angebracht, gerade in einem Fach wie der Ethnologie so früh wie möglich, eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufzunehmen und erst dann Stipendien - unter Weiterzahlung der Sozialversicherung - anzuschließen? Derartige Fragen tauchten bei den Juristen nie und bei den Geographen nur selten auf.

Wenn es zur Ablehnung eines Antrags kam, war es gleich dramatisch. Andere Disziplinen, etwa die Geographie, hatten in solchen Fällen eher Ausweichmöglichkeiten, etwa eine Teilfinanzierung in Umweltprojekten. Auch Juristen hatten andere Möglichkeiten.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wäre sicherlich noch eine Adresse gewesen, wenn es nicht von beiden Seiten Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit gegeben hätte.

Würden Sie sagen, dass ein Großteil der Schwierigkeiten beim Erzielen von Außenwirkung daran liegt, dass die Ethnologen sich nicht selbst positionieren?

Ja, den Eindruck habe ich schon. Zwar bemühten sich in den letzten Jahren ein paar Personen, einen solchen Versuch zu wagen, aber ganz wohl schien ihnen nicht dabei.

Wie erklären Sie sich dieses Verhalten?

Wahrscheinlich führen Ethnologen lieber Feldforschungen durch und werten diese aus, als sich mit Dingen zu beschäftigen, die nicht direkt etwas mit ihrem Forschungsgegenstand zu tun haben. Auch hatte ich den Eindruck, dass sie häufig davon ausgehen, dass ihre Arbeit von anderen nicht geschätzt wird. In der Tat fiel mir auf, dass Vertreter anderer Fächer zwar hin und wieder die Publikationen ausländischer, insbesondere anglo-amerikanischer Ethnologen wahrnahmen, während ihnen die deutschen Ethnologen offenbar unbekannt waren.

Die Besonderheiten der Ethnologie wurden häufig von Vertretern anderer Fächer nicht verstanden. Ich erinnere mich beispielsweise noch daran, wie 1984 in Bayreuth der erste Sonderforschungsbereich 214 namens »Identität in Afrika«, an dem Ethnologen maßgeblich beteiligt waren, begutachtet wurde: bei den SFB-Begutachtungen waren außer den Gutachtern und den Mitarbeitern der Geschäftsstelle auch Vertreter des über die Einrichtung oder Weiterführung des SFB entscheidenden Gremiums beteiligt, nämlich ein fachnaher und ein fachfremder Berichterstatter. In Bayreuth wurde diese Rolle unter anderem von Historikern und Sozialwissenschaftlern wahrgenommen; die einen verstanden nicht so recht, dass man in Afrika nicht in Archiven forschen konnte, weil es keine gab, die anderen forderten einen theoretischen Überbau, der im Feld nicht recht praktikabel war. Weder Oral History noch Ethnomethodologie waren damals schon en vogue.

Die ethnologischen Gutachter waren auch aus anderen Gründen mehr als skeptisch, ob man die Einrichtung eines solchen SFB befürworten solle: die Gutachter, die aus alteingesessenen Afrika-Instituten kamen, waren neiderfüllt oder fürchteten Konkurrenz, andere eine Verringerung der Mittel im Normalverfahren. Das Neidgefühl führte einige Jahre später zu einem weiteren Antrag auf Einrichtung eines Afrika-SFB – auch diesmal mussten die finanziellen Bedenken der Gutachter überwunden werden. Es war offenbar nicht ganz einfach zu verstehen, dass die Beteiligung an einem SFB die dem Fach zur Verfügung stehenden Mittel nicht schwächt, sondern im Gegenteil stärkt. Es gab in der Folge noch zwei weitere Afrika-SFB mit jeweils unterschiedlichen interdisziplinären Zusammenhängen. Zu den Initiatoren gehörten jeweils Gutachter der früheren SFB.

Konnten Sie in diesem recht langen Zeitraum, den Sie bei der DFG tätig waren, anhand der Anträge eine Verlagerung der Gegenstände des Faches beobachten?

Das kann ich nur schwer beantworten. Bei zuletzt insgesamt über neunhundert Anträgen pro Jahr war es zunehmend schwerer, sich intensiv mit allem zu befassen. Man musste froh sein, wenn man es schaffte, dieses immense Pensum in halbwegs absehbarer Zeit zu bearbeiten – also die Anträge einer Entscheidung zuzuführen. Darüber hinaus blieb keine Zeit zur eigentlich notwendigen Reflexion. Bewusst geworden sind mir Verlagerungen regionaler Art, was teilweise natürlich auch mit den örtlichen Gegebenheiten zusammenhing. Als ich das Fach übernahm, lag der Fokus regional sehr stark auf Afrika, auch auf Südamerika, inhaltlich auf der Beschreibung noch nicht erforschter Ethnien und Sprachen oder auf Akkulturationsstudien. Es gab jedoch fast nichts zum südasiatischen und pazifischen Raum. Dann kam ab 1974 das große, von der Südsee-Abteilung des Berliner Museums ausgehende interdisziplinäre Schwerpunktprogramm »Mensch, Kultur und Umwelt im zentralen Bergland von West-Neuguinea«, das zunächst gewisse Probleme hatte, von den Gremien der DFG akzeptiert zu werden, aber doch etliche Jahre gefördert wurde. In den ersten Jahren meiner Tätigkeit gab es darüber hinaus eine ganze Reihe von Anträgen aus Museen – wie es auch Museumswissenschaftler als gewählte Fachgutachter gab. Beides wurde im Laufe der Jahre aber immer seltener.

Telefon-Interview vom 15.01.2008 (Freigabe durch Ursula Far-Hollender am 22.07.2011)

Transkription: Claire Spilker, Edierung: Vincenz Kokot

Ansprechpartner: Dieter Haller (dieter.haller@rub.de) Internet: www.germananthropology.de

Strukturell gesehen lässt sich sagen, dass die DFG nach und nach größere Projekte und Projektverbünde ermöglichte und/oder sogar favorisierte, was nicht immer allen, in den einzelnen Disziplinen unterschiedlichen, Bedürfnissen gerecht wurde: die einen brauchen Personal, die anderen Apparate, die nächsten Reisen oder Forschungszeit oder Bibliotheken. Auch für einige Ethnologen war es zum Beispiel ein Schock, dass die DFG in den siebziger Jahren das Förderinstrument Forschungsfreijahr für einige Zeit abschaffte. Es wurde später als Forschungssemester neben den staatlichen Freisemestern wieder eingeführt. In den ersten zwei Jahrzehnten meiner Tätigkeit versuchte man ja noch häufiger, längere Feldforschungen durchzuführen. Aus den Anträgen hatte ich gelernt, dass dreizehn Monate - ein Monat zur Einarbeitung und zwölf Forschungsmonate für den Jahreszyklus - eigentlich optimal sind. Ohne Forschungsfreijahr konnten sich Hochschullehrer dies nicht leisten. In den letzten Jahren wurden die Feldforschungen aber immer kürzer. Zunehmend beteiligten sich Ethnologen an größeren, interdisziplinären Forschungsverbünden.

Konnten Sie bei den Anträgen eventuell den Trend ausmachen, sich auch mit zeitgeschichtlichen oder politisch verwertbaren Themen auseinanderzusetzen, vielleicht gar im eigenen Land?

Ich glaube, das war selten der Fall, bestimmt nicht in den ersten Jahren. Für Probleme im eigenen Land schien weitgehend die Volkskunde bzw. Europäische Ethnologie zuständig. Sie war bei der Germanistik angesiedelt und wurde daher in einem anderen Fachreferat betreut. Das einzige, was mir diesbezüglich im Moment einfällt, ist eine Forschung zu den Verwandtschaftsbeziehungen von Transplantationspatienten; mit Problemen von Immigranten aus Afrika befasste sich ein SFB in Hamburg. Ich will nicht ausschließen, dass es weitere solcher Ansätze gab, doch scheint das nicht besonders häufig vorgekommen zu sein. Wobei sicherlich auch Themen aufgegriffen wurden, die damals hierzulande politisch wenig interessant erschienen – zum Beispiel das interdisziplinäre Karakorum-Projekt, das sich mit den enormen Veränderungen beschäftigte, die durch die Fertigstellung des Karakorum Highway in Nordpakistan möglich wurden.

Die Ethnologen beschäftigten sich also schon damals mit Highways und Afghanistan?

Nun, mit Afghanistan haben sich ja noch viel früher bereits Michael Casimir und Bernt Glatzer beschäftigt. Sie untersuchten schon in den siebziger Jahren die Pashtunen, und zwar - wenn ich es richtig erinnere - die Unterschiede zwischen »sesshaft« und »nicht sesshaft«. Das Problem ist nur wie so oft, dass kaum jemand davon weiß. Glatzer war später allerdings Berater bei regierungsnahen Stellen. Auch Günther Schlee hatte vor Jahren einen Aufsatz über das Verhalten somalischer Stämme untereinander und gegenüber den Engländern geschrieben, von dem ich gewünscht hätte, die Amerikaner hätten ihn vor ihrem Somalia-Abenteuer gelesen – dann hätten sie besser gewusst, was ihnen bevorstand.

Die beiden Begriffe »Völkerkunde« und »Ethnologie« existierten in der Sprache der DFG ja relativ lange parallel. Wo würden Sie da eine Unterscheidung machen?

Ich kann da keine Unterscheidung machen. Die Handhabe war folgendermaßen: Der Fachausschuss - also die obere Einheit - wurde mit »Ethnologie« bezeichnet und bestand aus den zwei Fachgebieten »Völkerkunde« und »Afrikanische, indonesische und Südseesprachen«; dieses Fachgebiet hieß bis in die sechziger Jahre »Eingeborenensprachen« Bei der Umbenennung hat man aber offensichtlich nicht darauf geachtet, alle Sprachen indigener Völker aufzuführen, was später dazu führte, dass die Linguistik etwa die Zuständigkeit für "Indianer"- oder Australsprachen für sich reklamierte. Mit Ausnahme der Fälle, in denen es um rein linguistische Untersuchungen ging, die es aber zum Beispiel auch in den afrikanischen Sprachen gab, war und bin ich allerdings der Meinung, dass Sprache und Kultur so eng zusammengehören, dass eine Trennung nicht angeraten ist.

Wie sah denn das Verhältnis der Antragszahlen zwischen Volkskunde und Völkerkunde aus?

Zu dem Zeitpunkt, als ich es überblickte, hat die Volkskunde sehr viel weniger Anträge als die Völkerkunde bei der DFG eingebracht.

Wie könnte sich die Ethnologie Ihrer Meinung nach in Zukunft bessere Chancen - etwa in der Darstellung nach Außen - erarbeiten?

Das ist schwer zu beantworten, da es sehr stark von den einzelnen Persönlichkeiten abhängt. So ist es immer wieder Nichtethnologen gelungen, in der Öffentlichkeit als Ethnologen wahrgenommen zu werden, wie etwa Irenäus Eibl-Eibesfeldt oder Ina Rösing. Es wäre wohl wichtig, dass sich auch die Ethnologie von sich aus zu Wort meldet, wenn sie glaubt, zu einem Themenbereich etwas beitragen zu können – und nicht wartet, dass man an sie herantritt, sei es durch

Kontaktaufnahme zu Vertretern anderer Disziplinen, sei es durch Beiträge in den Medien, die es ja durchaus gibt. Meines Erachtens hätte das IWF bezüglich des Fernsehens seinerzeit viel mehr dazu beitragen können, die Ethnologie und deren Anliegen bekannt zu machen. Es gab dort durchaus auch wissenschaftliche Filme, die ein breiteres Publikum ansprechen konnten. Inhaltlich will ich nur einen Bereich nennen, in dem mich die mangelnde Einbeziehung ethnologischer Expertise immer gewundert hat: das Verhältnis von Deutschen und ihren ausländischen Mitbürgern.

In der Scientific Community scheinen Ethnologen allerdings in letzter Zeit bekannter geworden zu sein, was an ihrer Beteiligung an einer Reihe von interdisziplinären Projekten liegen mag. Vielleicht wurde dadurch auch den anderen Disziplinen bewusst, wie interessant der Blick von außen sein kann. So wurde bei der Begutachtung eines Sonderforschungsbereiches in Konstanz um die Jahrtausendwende von den Gutachtern anderer Fachdisziplinen gefordert, auch Ethnologen zu beteiligen. Vielleicht wird daraus ein sich selbst verstärkender Prozess: 1999 kam es zur Einrichtung des MPI für ethnologische Forschung in Halle, 2009 entstand ein Lehrstuhl für Ethnologie und Kulturanthropologie in Konstanz.

Die Universitätsethnologen erschienen mir seinerzeit in der Tat meist zu individualistisch und zu wenig vernetzt. So erfolgte zum Beispiel die Umbenennung der Institute von »Völkerkunde« in »Ethnologie« meines Wissens weitgehend ohne gegenseitige Absprache und - was gravierender ist - ohne das Bedenken möglicher Folgen. Nachdem sich einige volkskundliche Institute in »Europäische Ethnologie« umbenannt hatten, war bei zunehmender Mittelknappheit damit zu rechnen, dass die Finanzgeber so argumentieren würden, wie ich das beim IWF erlebt hatte: »Die Ethnologie« sei stellenmäßig gut ausgestattet und Einsparungen wären möglich. Bei den Museumsethnologen war die Vernetzung damals besser: dort gab es - zumindest zeitweise - regelmäßige Direktorenbesprechungen, in denen über anstehende Probleme berichtet und Erfahrungen ausgetauscht wurden. Auch wenn dadurch natürlich nicht alle Probleme gelöst werden konnten, fand ich das doch sehr sinnvoll und regte bei dem damaligen Vorsitzenden der DGV an, auch eine fachinterne Diskussion über das Selbstverständnis der Universitätsethnologen in Gang zu setzen. In der Tat gab es dann auch mindestens zwei - in einem Fall unter Beteiligung von Vertretern der Volkskunde - von der DFG finanzierte Rundgespräche.